

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer
mit der illustrierten Beilage „Gärtner-Fachblatt“. Mitglieder
dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
Annahmeschluß für dringende Berichte: Montag früh **

Schriftleitung und
Vorsand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtner-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk.
unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtner-Fach-
blatts“ vierteljährl. durch die Post 1.- Mk. unter Streifband
1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtner-Fachblatt“

Zur Beachtung! Den in Nr. 34 der Zeitung bekannt gegebenen veränderten Bestimmungen über unsere Unterstützungs-Einrichtungen war durch Hauptvorstandsbeschuß eine Geltungsdauer bis zum einschl. 12. September gegeben worden. Der Hauptvorstand hat in seiner Sitzung am 7. September die gegebenen Verhältnisse in unserem Verband und die uns zur Verfügung stehenden Geldmittel erneut einer eingehenden Prüfung unterzogen und beschlossen:

„Die neuen Bestimmungen über unser Unterstützungswesen bleiben bis auf weiteres in Kraft.“

Es besteht die Aussicht, auf dieser Grundlage auch für eine noch weitere Zeit diese Unterstützungen gewähren zu können.

Der Hauptvorstand.

Ein Gruß von der Westgrenze!

Selbst noch auf den blutigen Schlachtfeldern, im Feldlauer und bei den Biwak- und Wachtfeuern weilen die Gedanken unserer Freunde ebenso wie bei ihren Familienangehörigen auch bei ihrem Berufsverbände, bei ihrer Gewerkschaft. Davon legt ein beredtes Zeugnis der nachfolgende Aufruf ab, den uns unser Hugo Link zwecks Abdruck in unserer Zeitung übersendet. Der Aufruf, der uns durch die Feldpost übermittelt wurde, ist datiert vom 27. August und geschrieben auf französischem Boden, im Walde von *** im Biwaklager. Er lautet:

„Werte Kollegen! Ganz Deutschland steht geschlossen, um den Überfall des blutbefleckten Moskowitertums und seiner Vasallen abzuwehren.

Wo es sich um die Verteidigung der eigenen Grenzen handelt, stehen wir, auch das moderne organisierte Proletariat mit in erster Reihe. Und nicht als letzte sind es unsere Berufskollegen, die in übergroßer Zahl ihren Mann stellen.

Wer daheim bei Müttern weilt oder das Glück hat, in Arbeit zu stehen, ist persönlich gut daran; die aber mit in der Front sind, lernen nun den so oft an die Wand gemalten Weltkrieg aus eigener Anschauung und am eigenen Leibe kennen. Diese Kollegen und mit ihnen Millionen von Mitkämpfern empfinden es besonders freudig, wenn sie durch Briefe oder durch unsere Zeitung erfahren, daß die Zurückgebliebenen ihre Pflicht tun, daß auch sie Opfer bringen, im Interesse der im Felde Stehenden und ihrer Hinterbliebenen; daß sie weiterhin den Bestand unseres Verbandes gewährleisten durch fernere Mitarbeit. Ganz mit Recht schreibt unsere Zeitung, daß der ein Feigling, ein elender Deserteur ist, der jetzt ohne Not seinen Verband im Stich läßt. Und so möchte auch ich (und ich befinde mich da sicher im Einverständnis mit vielen, um nicht zu sagen allen Verbandskollegen, die mit mir in Ost oder West im Felde stehen) nochmals allen Kollegen zurufen: Haltet Ihr unsere gewerkschaftliche Fahne hoch! Sammelt Ihr Daheimgebliebenen die noch außerhalb unseres Verbandes stehenden Kollegen! Denn, wenn wir wiederkehren — und wir wollen hoffen, daß der Wiederkehrenden recht viele sein werden —, harret unserer doppelte Arbeit. Kämpft auch Ihr in unserem Sinne weiter! Der Lohn bleibt sicherlich nicht aus.

Vorwärts heißt es bei uns auf der ganzen Linie. Wir beiratschen uns nicht daran, aber wir freuen uns, daß es allem Anschein nach gelingt, dem Blutzaren und seinen Verbündeten das Fell so zu gerben, daß der lang gehegte Plan zu Wasser wird, der darauf gebaut war, Deutschland zu zerstückeln und zum Teil dem halben Barbarentum der Russen zu unterjochen.

Wir im Felde werden, unserer Heeresführung vertrauend und deren Weisungen gehorchend, unsere volle Pflicht tun. Tut Ihr daheim als Gewerkschafter die Eure so, wie es von der gewerkschaftlichen Leitung verlangt wird!

Indem ich — und mit mir viele Kollegen, die mit mir an diesem Brennpunkte zusammenstehen — allen unseren Getreuen einen Gruß nach der Heimat sende, rufe ich allen, und besonders unseren Braven in Rheinland-Westfalen, ein herzliches Auf Wiedersehen zu.

Hugo Link.“

Man bedenke, was es heißt, unter den obwaltenden Umständen sich noch in der dargelegten Weise um seine Gewerkschaft zu kümmern. Wir haben allen Grund stolz zu sein auf unsere Kol-

legen bei den Fahnen, stolz auf ihren Opfermut gegenüber den Feinden des Vaterlandes, und stolz auf ihre Liebe zur Gewerkschaft. Tue nun aber auch jeder einzelne Daheimgebliebene alles, daß diejenigen, die täglich und stündlich dem Tode ins Auge schauen, auch auf uns, auf jeden einzelnen von uns in gewerkschaftlichem Sinne stolz sein können. Der Dienst für die Gewerkschaft ist nicht weniger ein Dienst für das Vaterland; aber er ist viel weniger gefährvoll als der mit der blinden, toddrohenden Waffe in der Hand, und darum ist es viel, viel leichter, als Gewerkschafter seinen Mann zu stehen. Kann auch nur ein einziger noch lässig bleiben?

Denkt an unsere Brüder im Felde, und bleibt euch bewußt, daß ihr nur dann ein Recht habt, diesen einst — wenn sie zurückkehren und sich wieder friedlicher Arbeit widmen können — erhobenen Hauptes entgegenzutreten, wenn auch wir, jeder einzelne von uns, unsere gewerkschaftliche Pflicht tun.

Wir wollen und werden das! Verlaßt euch darauf, ihr Freunde und Brüder im Felde. Unsere Gedanken verweilen auch bei euch, und sie umkreisen immer wieder den einen Zentralpunkt: Auf Wiedersehen in unseren Reihen!

Schafft Erwerbsgelegenheit oder gebt Arbeitslosenunterstützung.

(Schluß.)

Der durch den Krieg geschaffenen neuen Lage zeigten sich am meisten vor allem die Konsumvereine (wenigstens soweit diese im Zentralverbände der Konsumvereine zusammengeschlossen sind) gewachsen und vorbereitet. Hier fand weder eine Entlassung von Personal statt, noch wurden Löhne gekürzt oder Arbeitszeiten verlängert; es sei denn, es wäre eine durch die Konsumvereinsmitglieder selbst bedingte geringere Beschäftigungsmöglichkeit eingetreten. In Fällen letzterer Art verteilte man die geringere Arbeitsgelegenheit auf alle Beschäftigten: durch Verkürzung täglicher Arbeitszeit oder schichtweises Aussetzen an viertel, halben oder ganzen Tagen der Woche; eine Lohnkürzung erfolgt nur um jenen Teil, der der Arbeitszeitverkürzung entspricht. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind solche Maßnahmen sogar wenige Ausnahmen geblieben.

Die Konsumvereine haben übrigens auch niemals die wucherischen Preistreiberien mitgemacht, haben im Gegenteil, wo schon ansehnlich entwickelt, durch ihr bloßes Vorhandensein, jenen Preistreiberien in wirksamer Weise Abbruch zu tun vermocht. Ein Umstand, der wohl zu beachten ist, der auch den verantwortlichen Leitern in Staat und Gemeinde in diesen Tagen nicht entgangen sein und der hoffentlich — auch nach dem Kriege gewürdigt werden wird!

In den Kreisen der Privatunternehmer, einerlei welcher Berufe und Industrien, war die Arbeiterentlassung die Regel, und mindestens war es auch der Versuch, die Löhne zu kürzen; oft genug traten alle oben zusammenfassend genannten schädlichen Wirkungen zugleich ein, und — sie sind noch heute vorhanden; in manchen Fällen inzwischen zwar vermindert, in anderen wieder vermehrt. Wo der Mangel an Betriebskapital oder die Aussichtslosigkeit auf Warenabsatz oder andere Umstände den Unternehmer gebieterisch gezwungen haben, da soll nichts weiter gesagt

werden. Wo aber der Betriebsinhaber über genügende Kapitalien verfügte und es sich für ihn nur darum handelte, einmal einige Opfer zu bringen, da sieht der Zustand doch ganz anders aus, und er wächst zum Empören aus, wenn derselbe Kapitalist die durch Lohnkürzung oder Arbeitszeitverlängerung erzielten Mehrgewinne einsteckt oder einen Teil davon dem Roten Kreuz oder anderen Organisationen für Kriegshilfe zuwendet und dafür (also für den zu Unrecht vorenthaltenen Arbeitslohn) sich noch öffentlich als Wohltäter feiern läßt. Fälle dieser und ähnlicher Art haben sich tausend- und vielleicht zehntausendmal ereignet; wenn davon nur wenige öffentlich mitgeteilt sind, so deshalb, weil nur die allerwenigsten der für solche Fälle zugänglichen Presse zur Kenntnis kommen, und weil das in einer Zeit, wo die verschiedenen Bevölkerungsklassen gegenseitig Frieden halten sollen, ja öffentliche Unzufriedenheit erregen würde. Daß allerdings die öffentlich verschwiegen bleibenden schlechten Taten im Volksinnern noch viel ungünstiger wirken, wer möchte das bestreiten?

In Ausnahmefällen haben private Unternehmer ähnlich den Konsumvereinen gehandelt. Und rühmenswert sei hervorgehoben, daß die verantwortlichen Leiter einiger Unternehmerverbände schon bald eindringlich gemahnt haben, die Betriebe nach Möglichkeit aufrecht und in Tätigkeit zu erhalten. Am besten und musterhaftesten haben sich einige Unternehmerverbände verhalten, wo im Berufe ausgebildete und bewährte Tarifgemeinschaften vorhanden sind; so im Buchdruckgewerbe, in der Holzbearbeitung und im Baugewerbe. Hier sind von verbandswegen und öffentlich Aufforderungen ergangen, die bestehenden Tarife auch während der Kriegszeit treu und gewissenhaft zu beachten und, wo nicht zu umgehen, nur Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen, das Personal aber im ganzen möglichst durchzuhalten. Wieweit diesen Aufforderungen Folge gegeben wird, das ist allerdings eine andere Frage. Jedenfalls muß die gute Absicht der betreffenden Verbandsleitungen anerkannt werden.

Auch Staats- und Gemeindebetriebe hatten sich vielfach ähnlich verhalten wie die nicht lobenswerten Privatunternehmer. Die Einsicht, daß dies politisch falsch und gefährlich, ist inzwischen wohl aber allen hier Verantwortlichen aufgedämmert. Und noch mehr als das heute sehen wir Staats- und Gemeindeverwaltungen bemüht, die Arbeitsgelegenheit in ihren Betrieben sogar zu vermehren und weitere, neue Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen, wo letzteres aber nicht möglich, einen Ersatz durch öffentliche Arbeitslosenunterstützung zu bieten. Man kommt allmählich auch dahinter, daß es nicht bloß ein Gebot politischer Klugheit ist, in dieser Weise zu verfahren, sondern man lernt auch wohl einsehen, daß die alte privatkapitalistische Wirtschaftsweise den Anforderungen der neuen, allerneuesten Zeit doch nicht gewachsen ist, daß es in viel umfassender Weise jetzt solcher Formen und Reformen bedarf, die man vordem immer als „staatsumstürzlerisch“ ablehnte; daß es im besonderen unwirtschaftlich ist, die Millionen arbeitsfähiger Menschenhände untätig sein zu lassen, die doch Werte schaffen können. Jetzt zeigt es sich jedem Verständigen von Tag zu Tage handgreiflicher, wie staatsertreu gerade eben jene früher als umstürzlerisch abgelehnten Maßnahmen sind. Gewiß, vielfach geht man noch mit Bangen und Zagen heran, wiederholt geschieht es aber auch ohne alle Umschweife: das Alte in die Rumpelkammer werfend und kühn zu dem Neuen greifend.

Wie fing das eigentlich an? Die landwirtschaftliche Ernte war in Gefahr, rechtzeitig eingebracht zu werden. Man setzte sich mit den Gewerkschaften (die sonst nicht anerkannt waren) in Verbindung, und erhielt von diesen bereitwillige Unterstützung. Man war regierungsseitig auch sofort bereit, für die hier bereitgestellten Arbeitskräfte die längst veralteten Gesindeordnungen außer Kraft zu setzen. Und man bewilligte außerdem die Festsetzung eines Mindestlohnes; da dieser nicht im Handumdrehen allen Verhältnissen angepaßt werden konnte, so bestimmte man: als Mindestlohn soll der für die Zwecke der Arbeiterversicherung (Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung) geltende „Ortslohn“ gelten, wozu noch freie Wohnung und Beköstigung kommt. Damit fand man also dennoch im Handumdrehen eine Lösung, die unter den obwaltenden Umständen wirklich als befriedigend bezeichnet werden kann. In der Praxis hat die Durchführung allerdings nicht selten gehapert, denn die Gewerkschaften hatten nicht immer sowie eingetübte Vertrauenspersonen zur Hand, die sich für die Anerkennung und Durchführung verwenden konnten, trotzdem dieses Aufsichtsrecht ihnen zuerkannt war. So im Handumdrehen wie hier, und bei der Schwierigkeit, in der Mobilisationszeit Verbindungen herzustellen und aufrecht zu erhalten, läßt sich solche Organisation eben nicht schaffen. Was aber am Ganzen das Wesentliche ist, das ist der Bruch mit alten Einrichtungen und das Zuwenden nach ganz neuen, bis dahin als „umstürzlerisch“ verpönten Grundsätzen.

Grundsätzlich neu ist auch die geschaffene „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“ mit dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“. Eine Einrichtung, die nicht so schnell möglich gewesen wäre, wenn nicht durch Gewerkschaften, einigen Gemeinden und andere Organisationen jahre- und jahrzehntelange Vorarbeiten geleistet worden wären. Die Einrichtung ist jetzt

durch ein freiwilliges Streben und Zusammenwirken aller Beteiligten entstanden. Alle sonst zwischen diesen vorhandenen Grundsätzen traten zurück: es galt, einerseits einen möglichst umfassenden Überblick über den Arbeitsmarkt des ganzen Reiches und aller Berufe zu gewinnen, um dadurch auch örtliche Verschiebungen Arbeitsloser herbeiführen und einer größeren Anzahl, als sonst möglich, Erwerbsgelegenheiten beschaffen zu können. Und es trat andererseits jener schon mehrfach betonte politische Gesichtswinkel in den Bereich der Erwägungen und Entschlüsse.

Nun übersieht man die Lage: es gibt zurzeit zu wenig Arbeits- und Erwerbsgelegenheit. Und nun kann man erwägen und sich schlüssig werden, wo und wie sich solche beschaffen läßt. Staat sowohl wie auch Gemeinden werden sich dem nicht entziehen können, selbst solche Gelegenheiten nun zu schaffen oder, wenn Privatunternehmer sich weigern, gewisse Betriebe ganz oder teilweise arbeiten zu lassen, deren Tätigkeit für ein geordnetes Wirtschaftsleben notwendig ist, diese Betriebe auf Pechnung des Inhabers weiterzuführen oder sie in Staats- oder Gemeinderegie zu übernehmen. In letzterer Beziehung wird man nur sehr, sehr ungern eingreifen; aber wenns nicht anders geht: über den Belangen des einzelnen steht das Wohl der Volksgesamtheit, steht die Rücksicht auf das wahre vaterländische Interesse, das hier zusammenfällt mit der Rücksicht auf die Wehrmacht und Schlagkraft des kriegführenden Heeres.

Wo es aber durchaus unmöglich, Arbeitslosen Erwerbsgelegenheit zu geben, greift nun eine irgendwie geordnete Arbeitslosenunterstützung ein muß diese eingreifen: aus denselben Gründen und Erwägungen heraus wie Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

Wir sehen also in dieser Kriegszeit geradezu eine Umwertung der sonst fundamentalsten Werte der praktischen Volkswirtschaft vorsichgehen. Und wir können nur wünschen, daß diese aus der Not der Zeit geborenen neuen Einrichtungen die Kriegszeit überdauern und dann im Frieden erst richtig zur Entwicklung kommen, um dadurch innerlich die Grundlagen für ein neues soziales Deutschland mitschaffen zu helfen, ein Staatswesen, das dann dereinst, in seiner sozialen Verfassung, die Welt erobern könnte und würde.

Wer aber sollen die Träger der neuen sozialen Entwicklung sein? Die sozialen Selbsthilfe-Verbände, allen voran: unsere Gewerkschaften. Man kann uns heute nicht mehr entbehren. Der durch die Erziehung im Rahmen ihrer eigenen Organisationen idealbegeisterten deutschen Arbeiterschaft wird man es zum allergrößten Teil zu verdanken haben, wenn einst (hoffen wir mit aller Sehnsucht: recht bald) die deutschen Heere die Widersacher deutscher Kultur niedergeworfen haben und als Sieger in die Heimat zurückkehren werden.

Aber nicht aus Dankbarkeit für die heroischen Taten und für die Blutopfer auf den Schlachtfeldern beanspruchen wir das Innere und äußere staatspolitische Notwendigkeiten zwingen einfach dazu. Denn ein zweites Mal dürfte das Deutsche Reich es kaum wagen dürfen, bei überlebten, unzweckmäßigen Wirtschaftsformen solchen Krieg aufzunehmen wie den gegenwärtigen.

Die Einsicht in dieser Richtung wächst in diesen Tagen beim deutschen Volke zusehends. Tun auch wir das unsrige, damit diese Einsicht keine vorübergehende Erscheinung bleibt, daß sie sich vielmehr stetig vertiefe und die Kriegszeit überdauere, um später, wenn der Friede als segensreiche Himmelstochter sich wieder über die Lande breitet, erst zu richtiger Größe zu wachsen und das neue Deutschland innerlich groß und mächtig zu machen, es zu einer Volkseinheit zu entwickeln, in der die Klassenselbstsucht einst durch den sozialen Gemeinschaftsgeist überwunden und abgelöst wird.

— o. a. —

Laßt keine Gartenfrüchte umkommen!

Es ist bitter not, viel notwendiger als die meisten sich vorstellen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Feld- und Gartenfrüchte, die irgendwie der menschlichen Ernährung dienen, für diese Ernährung auch unbedingt sichergestellt werden. Nichts darf in der gegenwärtigen Kriegszeit, wie es sonst in sehr umfangreichem Maße geschieht, sorglos dem Verderben preisgegeben oder dem Vieh verfüttert werden, wenn es sich überhaupt unmittelbar als menschliche Nahrung verwerten oder als solche auf längere Zeit erhalten läßt.

Wer Obst und Gemüse in frischem Zustande nicht dem allgemeinen Verbrauch zuführen oder solches an Konserven- und Präservenfabriken verkaufen kann, der hat die Pflicht, dieses selbst zu einer Dauerware zu verarbeiten: Fruchtsaft, Gelee, Most, Eingemachtes, Dörrobst davon herzustellen!

Von unseren Kunst- und Ziergärtnern wissen leider nur recht wenige mit der Zubereitung derartiger Dauerwaren Bescheid, weil das sonst nicht zu ihrem beruflichen Tätigkeitsfelde gehörte. Es ist ihnen darum zu empfehlen, sich eine sachgemäße theoretische

Anleitung zu diesem Zwecke zu beschaffen. Wir können empfehlen: **Obsteinkochbüchlein** von Mertens u. Junge, Preis 1,50 Mk.; **Dörrbüchlein für den kleinen Haushalt** von Mertens u. Junge, Preis 1,00 Mk. Beide Bücher*) erschienen im Verlag von Rud. Bechtold u. Co., Wiesbaden. Ferner das neueste Heft der „Geisenheimer Mitteilungen“ (Verlag Rudolf Bechtold, Wiesbaden), in dem eine zusammenfassende Anleitung gegeben wird. Der „Verein zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Deutschland“, Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz, Breitestr. 38, ist bereit, an Laien Rezepte kostenlos abzugeben; da, wie schon bemerkt, in dem Falle auch Kunstgärtner häufig Laien sind, werden ihnen diese Rezepte ebenfalls von Nutzen sein können.

Besonders unsere Privat- und Gutsgärtner hätten Gelegenheit, der Volksernährung in dem gedachten Sinne Dienste zu leisten.

Laßt in der Kriegszeit an Gartenfrüchten nichts, aber auch gar nichts umkommen!

*) Zu beziehen, unter Zuschlag von 10 Pfg. Porto, von Andreas Voß, Berlin W 57, Potsdamerstr. 64.

Krieg und Gärtnerei.

Der von uns schon erwähnte Aufruf der „Bindekunst“ und anderer Fachblätter, **Lazarette und Krankenhäuser mit Blumen auszumücken**, geht eben so durch die Tagespresse wie der andere, über Anzucht von noch in diesem Jahre einerntbaren Gemüsen und dergleichen. Dabei glauben aber alle Leser, die Gärtner sollen alle ihre Blumen umsonst liefern, denn „die wachsen denen ja zu“. Der Gedanke ist genau so verwerflich wie der, daß Angestellte und Arbeiter in der Kriegszeit für niedrigeren Lohn oder halb umsonst arbeiten sollen. Gewiß, einzelne besonders günstig gestellte Betriebsinhaber können das ja tun; im allgemeinen aber geht die Anforderung viel zu weit. Mögen die wohlhabenden Kreise ihrem Herzen einen kleinen Stoß geben, mögen sie ihrem gutgefüllten Geldbeutel einige Groschen entnehmen und ihrerseits für regelmäßige Lazarett-Blumenlieferungen durch die Gärtner Sorge tragen. Das entspräche auch dem Geiste der mancherlei Verfügungen und Aufrufe, die in den beiden letzten Wochen von berufenen Stellen ergangen sind, jenen Aufrufen nämlich, die betonen, daß es volkswirtschaftlich geboten sei, alle Arbeitsleistungen, auch die Kriegsnothilfe jeder Art, gerecht zu bezahlen und unbezahlte Kräfte zurückzuweisen. Die Volkswirtschaft soll so nach Möglichkeit wieder in ihren bisher gewohnten Kreislauf zurückgeführt werden.

Das sehr zu tadelnde Vorgehen **Dresdener Gärtnereiu**nternehmer, die **höher bezahlten Arbeitskräfte zu entlassen** und den im Betriebe behaltenden geringer entlohnenden **den Lohn noch weiter zu kürzen** (um 25 Prozent, trotz gleichbleibender Arbeitszeit!) scheint glücklicherweise nicht soviel Nachahmer zu finden, wie wir anfangs befürchteten. Wir hoffen, daß auch die Dresdener Unternehmer wieder davon zurückkommen werden, nachdem ihnen durch zahlreiche öffentliche Kundmachungen von berufenen Stellen klar geworden sein wird, wie verkehrt und vaterlandsfeindlich eine solche Maßnahme ist. In Erwartung solcher Entschließung nehmen wir heute noch Abstand, die Namen der in Frage kommenden Unternehmer öffentlich bekannt zu geben, sind vielmehr geneigt, jenen schon in Nr. 34 d. Ztg. erörterten Beschluß als den Ausfluß einer verzeihlichen Bestürzung hinzunehmen. Dieser Entschuldigungsgrund kann für die Folge jedoch nicht mehr gelten. Denn heute muß jeder wissen, wie schwer er sich mit solchen Maßnahmen am Vaterlande versündigt. Wir hoffen also, nächste Woche hierzu einiges **Erfreuliche mitteilen zu können**.

Viktor Gustedt und der Krieg.

Die für den 7. und 8. September angesetzte Generalversammlung der Gärtnerkrankenkasse findet nun doch nicht statt. Der Kassen-Hauptvorstand teilt durch ein Rundschreiben, vom 31. August, den Zahlstellen dieses mit. In der Einleitung dieses Rundschreibens heißt es, die Aufsichtsbehörde habe auf eine Einrabe des Hauptvorstandes (? Red. d. A. D. G. Z.) die Hinausschiebung der Generalversammlung gestattet. Das wird gewiß viele überraschen, denn — „vor Tische las mans anders“. Ob nicht unsere Hinweise in Nr. 34 d. Ztg. dazu ein klein wenig beigetragen haben, die ursprünglich andere Auffassung des Hauptvorstandes zu ändern?

So sehr wir bestrebt sind, jetzt irgendwo Gegensätzlichkeiten hervorzuhoben oder gar zu „schüren“, so sehen wir uns doch gezwungen, hier eine Ungehörigkeit anzumageln. Der Schlusssatz des schon erwähnten Anschreibens lautet nämlich: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß nach dem siegreichen Friedensschlusse weitere Verwaltungsstellen in dem vergrößerten Reich, besonders in Brüssel, Lüttich, Gent usw. errichtet werden können.“ Man traut seinen Augen kaum, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein **Vorstand**, genauer der Hauptvorstand, der Gärtnerkrankenkasse so etwas zu schreiben sich erlaubt. Sind die hier verantwortlichen Herren denn politische Kinder, oder was soll man von ihnen sonst

annehmen? Wenn Männer, die ernst genommen werden wollen, solche Phantasien verbreiten und damit Gedanken wecken, Wünsche in weiteren Kreisen nähren, dann muß das bei der gegenwärtigen Lage vor aller Öffentlichkeit als ungehörig bezeichnet werden. Vom Hauptvorstande einer Krankenkasse ist es aber geradezu unverantwortlich, zumal, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sogar militärische Behörden mit aller Entschiedenheit warnen, heute Fragen der gedachten Art zu erörtern. Beispielsweise hat das **Generalkommando des 4. Armeekorps** eine besondere Verfügung in diesem Sinne erlassen. Im übrigen darf man in Hamburg unbesorgt sein: Sollte Herr Direktor Gustedt später einmal — Regierungspräsident der „Provinz Japan“ werden wollen, — unsererseits sollen ihm dieserhalb keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Aus unserem österr. Bruderverbände.

Kurz vor Redaktionsschluß geht uns noch ein längerer Artikel vom Vorstande unseres österreichischen Bruderverbandes zu, der sich mit den gegenwärtigen Zuständen im dortigen Verbandsbereich beschäftigt und die von diesem, angesichts der Kriegslage, getroffenen Maßnahmen (Unterstützungswesen usw.) behandelt. Wegen Raum-mangel stellen wir diesen Artikel für die nächste Nr. zurück. Es sei heute nur bemerkt, daß die Verbandsverhältnisse in Österreich den unsrigen ziemlich gleichgeartet sind. Zu den Fahnen berufen ist aber schon etwa die Hälfte der Mitglieder. Die Verbandstätigkeit wird aufrechterhalten!



Deutschland, liebes altes Vaterland.

Deutschland, liebes altes Vaterland,
Aufgewühlt in deinen tiefsten Tiefen:
All dein bestes steht in lichtigem Brand.
Seit die Trommeln zu den Waffen riefen.
Aber daß der reine Feuerschein nicht schwele,
Halt' die Phrase dir vom Leib und von der Seele!

Juble, wenn dein Herz von Siegen hört!
Kann die Brust, die übervolle, schweigen?!
Doch: „nie dagewesen“ . . . „unerhört“ . . . ?
Laß die andern Redensarten geigen!
Echte deutsche Art war immer so geraten:
Knapp mit Worten, treu bis in den Tod mit Taten.

Dr. O w i g l a ß (im „Simplizissimus“-Kriegsflugblatt).



Rundschau

Die Gewerkschaftshäuser und der Krieg.

Die Verwaltungen (jetzt wohl sämtlicher) unserer Volks- und Gewerkschaftshäuser, deren Räumlichkeiten dazu geeignet sind, haben beschlossen, diese Räume den Militärbehörden für die Pflege der Verwundeten zur Verfügung zu stellen. So stellt beispielsweise das Berliner Gewerkschaftshaus 100 Betten zur Verfügung, das Breslauer 270, und in Frankfurt a. M. können 450 Verwundete untergebracht werden. Da unsere Gewerkschaftshäuser gesundheitlich sehr vorteilhaft eingerichtet sind, eignen diese sich für den gedachten Zweck recht gut, und die Angebote sind von den Behörden gern und mit Dank angenommen worden. Im Kieler Gewerkschaftshause ist eine Mannschaft von ungefähr 500 Köpfen längere Zeit verpflegt und einquartiert gewesen, und der Gewerkschaftshaus-Verwaltung wurde dafür ein Lob ausgesprochen.

Teilung der Arbeitsschicht!

Sämtliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Berlin, ohne Unterschied der Berufe und Richtungen, haben sich dahin geeinigt, durch Säulenanschlag und durch Bekanntgabe in den Zeitungen folgenden Aufruf zur allgemeinen Kenntnis zu bringen:

„1. Soweit irgend möglich, soll die Arbeitsschicht in zwei Teile zerlegt werden, damit die doppelte Anzahl von Arbeitern beschäftigt werden kann. Auch beschränkter Verdienst schützt vor der dringenden Not. Überstunden dürfen nur dann verlangt werden, wenn aus technischen Gründen eine Teilung der Schicht unmöglich ist. Die Arbeitgeber werden dringend gebeten, die etwaigen Unbequemlichkeiten, die mit einer Teilung der Schicht verbunden sind, auf sich zu nehmen, weil nur durch diese Maßnahme eine erhebliche Vermehrung der Arbeitsgelegenheit geschaffen werden kann. Hierdurch wird gleichzeitig die Gesundheit der Arbeiter gesichert und ihre Leistungsfähigkeit gehoben. 2. Alle Arbeitgeber werden dringend gebeten, die bei ihnen beschäftigten Arbeitskräfte sämtlich möglichst lange weiter zu beschäftigen, wenn auch bei beschränkter Arbeitszeit und geringerem Arbeitsverdienst. Arbeitskräfte sind nur im äußersten Notfalle zu entlassen. 3. Alle Behörden, öffentliche Körperschaften und sonstige Verbände, wie Privatpersonen werden dringend gebeten, die bereits geplanten Bauten und sonstigen Arbeiten, soweit Mittel zur Verfügung stehen, ausführen zu lassen. Neue Aufträge sind nach Möglichkeit zu erteilen.“

Unterzeichnet haben diesen Aufruf sowohl die sonst als die schlimmsten Gegner der Gewerkschaften bekannten Unternehmerverbände wie auch alle drei Richtungen der Gewerkschaften und die gemeindlichen Arbeitsnachweise der Groß-Berliner Vororte. Alle diese Körperschaften haben auch eine Zentralauskunftsstelle der Groß-Berliner nichtgewerkschaftlichen Arbeitsnachweise eingerichtet, und sie ersuchen die Arbeitgeber, den Bedarf an Arbeitskräften nur bei dieser Zentralauskunftsstelle (Berlin, Gormannstr. 13) zu melden.

Ministerial-Erlaß zwecks Arbeitslosenfürsorge.

Der preußische Minister des Innern hat unter dem 28. August einen Erlaß an die Gemeinden herausgegeben. In diesem heißt es u. a.: „Es wird dafür zu sorgen sein, daß die Gemeinden für alle infolge des Krieges hilfsbedürftig werdenden Personen — mögen sie im bisherigen Sinne als **A r m e** oder als **K r a n k e** oder als **A r b e i t s l o s e** usw. zu betrachten sein — eine aus dem Rahmen der gewöhnlichen Armenpflege völlig heraustretende Kriegswohlfahrtspflege üben . . . Einerseits wird es nötig sein, den Begriff der Hilfsbedürftigkeit weit zu fassen, auf der anderen Seite müssen in den Kreis der zu Unterstützenden auch Personen einbezogen werden, die das Odium der Armenhilfe nicht auf sich nehmen würden. Es wird dann weiter ausgeführt, daß eine Vermehrung der Zahl der Obdachlosen unbedingt zu vermeiden ist. Die Gewährung barer Unterstützung zur Ermöglichung der Mietzahlung werde sich im allgemeinen nicht empfehlen, vielmehr sei eine direkte Einigung der Gemeinden mit den Vermietern vorzuziehen und auf eine Herabsetzung des bisherigen Mietzinses hinzuwirken. Leerstehende Wohnungen, außer Betrieb befindliche Fabrikräume, Herbergen zur Heimat, Wanderarbeitsstätten u. dergl. sollen der Beseitigung der Obdachlosigkeit dienstbar gemacht werden. Das wirksamste Mittel gegen Obdachlosigkeit bleibe natürlich in allen Fällen die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten. Ein nachahmenswertes Beispiel für die praktische Wohlfahrtspflege seien die vom Roten Kreuz in Berlin ins Leben gerufenen öffentlichen Bürger Speiseshallen, in denen Bedürftige für 10 Pfg. ein nahrhaftes Mittagbrot erhalten. (Speisemarken werden hier auch von den Gewerkschaften ausgegeben). Der Erlaß bemerkt, daß der Durchschnittspreis für eine gesamte Tagesbeköstigung in größeren staatlichen Anstalten, die mit entsprechenden Kucheneinrichtungen versehen sind, sich nur auf 40 bis 42 Pfg. stelle, also sehr erheblich billiger als im Einzelhaushalt.

Ministerialaufruf gegen Lohndrückerei.

Das Altenburgische Staatsministerium erläßt einen Aufruf, in dem die Arbeitgeber, zumal in der Landwirtschaft, ermahnt werden, das jetzige Überangebot von Arbeitskräften nicht zu Lohndrückereien zu benutzen, sondern die Stärkung des sozialen Friedens gerade jetzt als eine patriotische Pflicht anzusehen.

Unternehmerverbände in der Kriegszeit.

In Nr. 35 teilten wir unter „Nachahmenswerte Maßnahmen“ schon mit, wie die Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes sich zur Frage der Aufrechterhaltung tariflicher Vereinbarungen stellt, desgleichen, daß der betr. Schutzverband seinen Mitgliedern ernstlich nahelegt, Betriebseinschränkungen nach Möglichkeit zu unterlassen, wo solches aber nicht zu umgehen, dennoch möglichst keine Arbeiterentlassungen vorzunehmen, sondern die Arbeitszeit so einzuteilen, daß alle weiterbeschäftigt werden können. In gleichem Sinne äußerte sich der Deutsche Industrieschutzverband (Sitz Dresden). Auch der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer hat inzwischen einen derartigen Aufruf erlassen. Die Arbeitgeberverbände im Baugewerbe handeln in gleichem Sinne, und die im Malergewerbe ebenfalls. Der Betonbau-Arbeitgeberverband für Deutschland e. V. sagt in seinem Rundschreiben u. a.: „Jeder Industrielle, Gewerbetreibende oder Privatmann, der Personal und Arbeiter hält, bestrebe sich, sie weiter zu beschäftigen und Eingezogene durch Arbeitslose zu ersetzen . . . Diese Opfer müssen im Interesse des Vaterlandes gebracht werden. Es ist vaterländische Pflicht eines jeden Arbeitgebers, seinen Betrieb weiter zu führen, soweit dies nur irgend geht.“ Der Hansabund (meist kaufmännische Betriebsunternehmer) bemüht sich, in derselben Richtung auf das Handelsgewerbe einzuwirken.

Bekanntmachungen

Diese Woche ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Für die Zeitungsempfänger.

Die Nr. 33 unserer Zeitung ist in der Hauptverwaltung gänzlich vergriffen. Wir nehmen als sicher an, daß noch eine Anzahl Exem-

plare in den Verwaltungen unbenutzt liegen und ersuchen um sofortige Zurücksendung derselben.

Für die Kassierer.

Bei den Anträgen auf Arbeitslosen-Unterstützung ist auf den Antragsformularen stets besonders anzugeben, ob das Mitglied ledig oder verheiratet ist. Andernfalls erfährt die Erledigung durch die dann notwendigen Rückfragen eine jedenfalls jedem unerwünschte Verzögerung.

Bei den Anträgen auf Not-Unterstützung an die Familien unserer zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen ist darauf zu achten, daß bei der betreffenden Frage des Antragsformulars die Höhe der staatlichen und der gemeindlichen Unterstützung angegeben wird.

Quittung über freiwillig geleistete Beiträge.

Zahlstelle Göttingen: Liste 1: 4,50 Mk.; Liste 2: 5,00 Mk.; Liste 3: 3,00 Mk., zusammen 12,50 Mk. — Barner in Seelow i. M. 1 Mk.

Diese Beiträge sind von den Kollegen aus eigener freier Entschließung gesammelt und an die Hauptkasse mit der Bestimmung gesandt, den Betrag solchen Mitgliedern zuzuwenden, die durch den Krieg in außerordentlich große Not geraten sind.

Die Hamburger Verwaltung bestellte Extramarken zu 25 und 50 Pfg., da auch dort eine Anzahl Kollegen freiwillige Beiträge leisten will und teils schon geleistet hat. Diese sollen den Kollegen im Mitgliedsbuche durch Extramarken quittiert werden.

Das sind erfreuliche Beweise von Idealismus und Opfersinn.

Achtung! Einzelmitglieder im Gau Berlin! Ein Teil der mit ihren Beiträgen besonders im Rückstande befindlichen Einzelmitglieder hat vorige Woche ein Mahnschreiben bekommen. Ein weiterer Teil wird mit der dieswöchigen Zeitungssendung eine Zahlkarte erhalten.

Wir bitten allgemein um pünktliche Zahlung der Beiträge, damit unnötige Nachnahmekosten erspart werden. Kollegen, die wirklich nicht zahlen können, müssen Stundung beantragen.

Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin. Ältere Kollegen sind genügend vorhanden; dagegen fehlt es an jüngeren Kollegen für Handelsgärtnereien.

Gaue und Ortsverwaltungen

Düsseldorfer. Die Bürostunden finden bis auf weiteres morgens von 11—1 Uhr. (auch Sonntags), abends von 6—8 Uhr, Freitag und Samstag Abend bis 9 Uhr statt.

Sterbetafel.

Am 29. August verstarb in Frankfurt a. M. im Alter von 19 Jahren unser Mitglied

Willy Hönke,
aus Stargard in Pommern, an Tuberkulose.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Verband der Gärtner Österreichs

Alle Sendungen sind zu richten: Wien IX./4, Nußdorferstraße 26-28.

Sprechstunden u. Stellennachweis im Verbandslokal (Eingang um die Ecke, Bindergasse 2): Jeden Dienstag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, abends von 7 bis 10 Uhr; jeden Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr; alle übrigen Wochentage, vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Die Sprechstunde am Donnerstag Abend fällt von nun an weg.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Mitglieder.

Unser langjähriges Mitglied
Richard Hanschmann,
geb. 4. Januar 1888, eingetr. am 16. Mai 1905 in Leipzig, ist
in der Schlacht bei Verdun gefallen.

Ehre seinem Andenken!